

# Der Arbeitsmarkt Baden-Württembergs im EU-Vergleich

Marcel Nesensohn

Schon seit einiger Zeit gehört Baden-Württemberg zu den Bundesländern mit der niedrigsten Arbeitslosenquote und der höchsten Erwerbstätigenquote. Auch die Zahl der Erwerbstätigen stieg in den letzten Jahren überdurchschnittlich. Genauso wie es innerhalb Deutschlands teils große Disparitäten zwischen den Bundesländern hinsichtlich der Arbeitsmarktsituation gibt, zeigt sich dies auch mit Blick auf die Staaten der Europäischen Union. Folgender Beitrag vergleicht anhand verschiedener Indikatoren die Arbeitsmarktlage Baden-Württembergs mit jener in Deutschland und den derzeit 28 Mitgliedsländern der Europäischen Union. Dies geschieht anhand der Ergebnisse der EU-Arbeitskräfteerhebung (*i-Punkt*), einer Haushaltsstichprobe, die in allen EU-Ländern erhoben wird und in Deutschland Teil des jährlich durchgeführten Mikrozensus ist. Dabei werden teils große Unterschiede in den EU-Ländern deutlich, die mitunter auch eine Folge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise in Europa sein dürften, die noch nach einigen Jahren sichtbar ist.

## Baden-Württemberg mit höchster Erwerbsbeteiligung

Die EU zählte im Jahr 2016 knapp 219 Mill. erwerbstätige Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren. Der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung, also die Erwerbstätigenquote, lag im selben Jahr im Durchschnitt der EU-28 bei 66,6 % (*Schaubild 1*). Baden-Württemberg lag mit einer Quote von 77,6 % vor allen EU-Mitgliedsstaaten und damit um 11 Prozentpunkte höher als der EU-Durchschnitt. Auf Rang 2 und 3 folgten Schweden (76,2 %) und Dänemark (74,9 %). In Deutschland insgesamt belief sich die Erwerbstätigenquote auf 74,7 %. Die geringste Erwerbsbeteiligung war in den Mittelmeerländern Italien (57,2 %), Kroatien (56,9 %) und Griechenland (52 %) zu verzeichnen, in denen zumindest teilweise die Nachwirkungen der Krise 2008/09 ursächlich sein dürften. Trotz Bemühungen seitens der Politik, die Differenz zwischen der Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen zu verringern, ist diese auch 2016 noch klar zu erkennen. Im EU-Durchschnitt war

bei Frauen im Vergleich zu Männern eine um 10,5 Prozentpunkte niedrigere Erwerbstätigenquote zu verzeichnen. Besonders ausge-

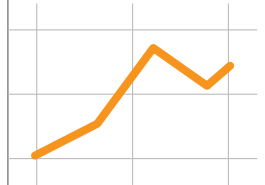


## Die Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union

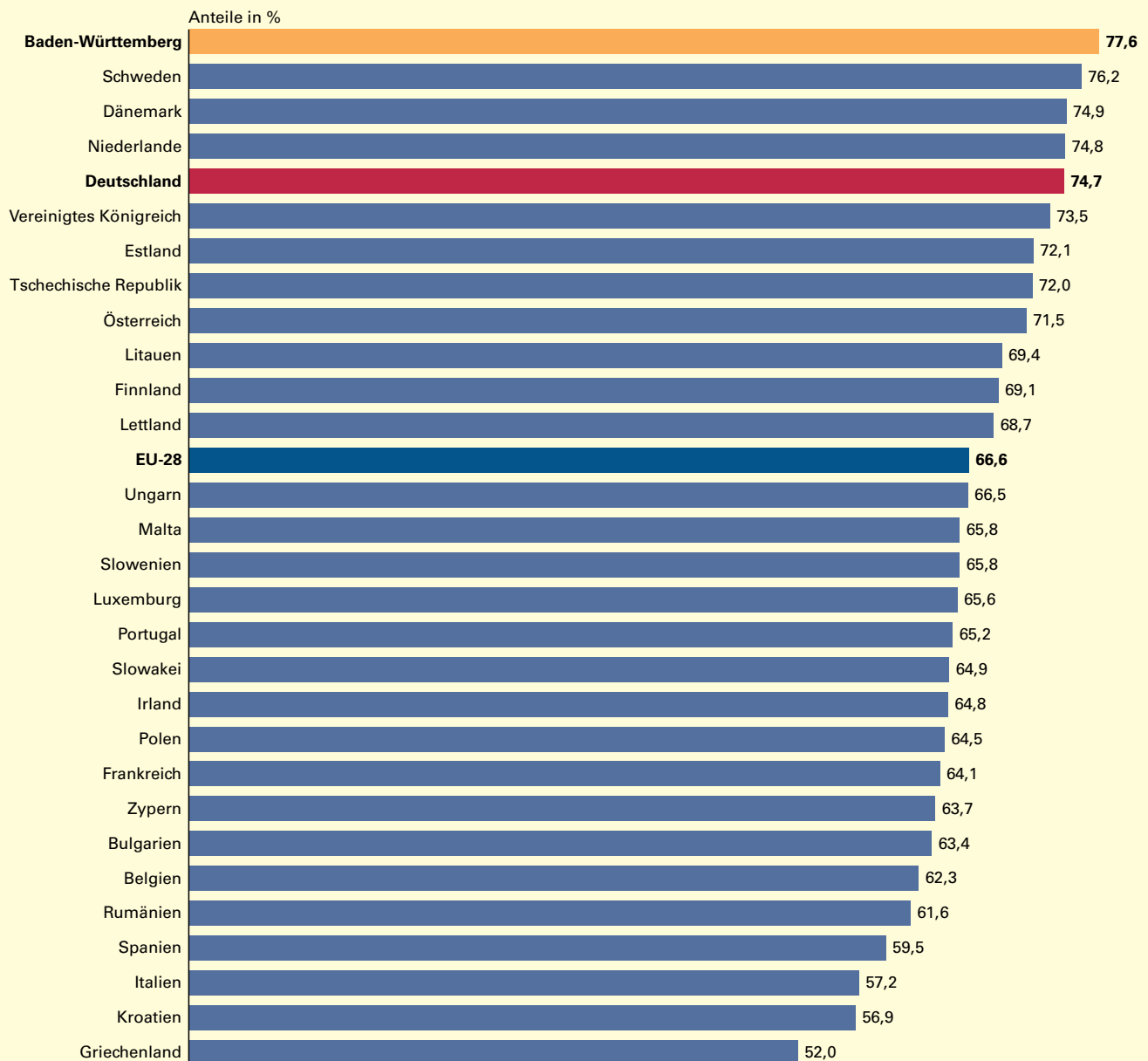
Die Arbeitskräfteerhebung (Labor Force Survey) der Europäischen Union ist eine umfassende Haushaltsstichprobenerhebung, die in Deutschland in den Mikrozensus (für den jährlich 1 % der Bevölkerung mit Auskunftspflicht befragt wird) integriert ist und in allen Staaten der EU in harmonisierter Form durchgeführt wird (auf Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates vom 9. März 1998). Somit werden internationale Vergleiche ermöglicht. Einige dieser so gewonnenen Arbeitsmarktstatistiken werden von Eurostat auch auf Bundeslandebene (NUTS-1 Region) bzw. auf Ebene der darunterliegenden kleineren Einheit (NUTS-2 Region), im Falle Baden-Württembergs der Regierungsbezirke, veröffentlicht.

Auf den in der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vereinbarten Standards (ILO-Konzept) aufbauend, gelten darin alle Personen im Alter von 15 Jahren und älter als erwerbstätig, sofern sie in der Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbstständigen oder mithelfenden Tätigkeit gearbeitet haben. Als erwerbslos gilt im Sinne des ILO-Konzepts jede Person im Alter von 15 bis 74 Jahren, die in der Berichtswoche nicht erwerbstätig war, aber in den letzten 4 Wochen vor der Befragung aktiv nach einer Tätigkeit gesucht hat. Personen im erwerbsfähigen Alter, die weder erwerbstätig noch erwerbslos sind, gelten als Nichterwerbspersonen.

Die Umfrage basiert auf Selbstauskünften. Mit Arbeitsmarktdaten der Bundesagentur für Arbeit sowie der Erwerbstätigenrechnung sind die Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung nicht vergleichbar.



Dipl.-Volkswirt Marcel Nesensohn ist Referent im Referat „Gesamtrechnungen (VGR, ETR, GGR, R-LGR)“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

**S1** Erwerbstätigenquote in Baden-Württemberg und der EU 2016

Datenquelle: Eurostat.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

104 18

<sup>1</sup> Für die sehr niedrige Erwerbsbeteiligung von Frauen in Malta findet sich: „A review of the existing literature indicates that [...], the traditional gender arrangement still prevails and reflects on the welfare regimes and equality policies that tend to hinder women's advancement in the labour market.“ <http://www.timesofmalta.com/articles/view/20121101/business-comment/Labour-market-participation-of-women-in-small-EU-states.443590> (Abruf: 04.05.2017).

prägt war das Beschäftigungsgefälle in Malta<sup>1</sup> (25,7 Prozentpunkte Differenz), aber auch in Italien (18,4 Prozentpunkte) und Griechenland (17,7 Prozentpunkte). Das geringste Beschäftigungsgefälle gab es in Litauen, die Differenz belief sich hier lediglich auf 1,2 Prozentpunkte. In Baden-Württemberg fiel die Erwerbstätigenquote bei Männern um 8,1 Prozentpunkte höher aus, in Deutschland um 7,6 Prozentpunkte. Dabei dürften für rund ein Viertel der Frauen<sup>2</sup>, die keine Arbeit suchten und/oder nicht für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung standen (Nichterwerbspersonen), familiäre Gründe

eine Rolle spielen. In den letzten Jahren konnte jedoch eine steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen festgestellt werden.

Auch die Erwerbsquote bei älteren Beschäftigten (55- bis 64-Jährige) stieg in letzter Zeit stark an. Nur Schweden wies 2016 mit 75,5 % eine höhere Erwerbsquote dieser Altersgruppe auf als Baden-Württemberg (73,9 % im Jahr 2016, 2012 waren es lediglich 67,2 %). Deutschland folgt auf Rang 3 mit 68,6 %, der EU-Schnitt lag 2016 bei 55,2 %. Selbst im Rentenalter (65 Jahre und älter) waren im Südwest-

ten im Jahr 2016 noch 9 % erwerbstätig. In Estland und Portugal waren es sogar 12,9 % bzw. 10,8 %. Der Mittelwert in den 28 EU-Mitgliedsstaaten lag dagegen bei nur 5,6 %.

### Teilzeitbeschäftigung ist eine Frauendomäne

In diesem Zusammenhang ist ein Blick auf die Teilzeitbeschäftigungsquote aufschlussreich, also der Anteil der Beschäftigten in Teilzeit an allen Beschäftigten (im Alter von 15 bis 64 Jahren).<sup>3</sup> Die Teilzeitarbeit wird größtenteils von Frauen in Anspruch genommen. In Baden-Württemberg arbeiteten 2016 rund die Hälfte (50,4 %) der erwerbstätigen Frauen in Teilzeit. In der EU wiesen nur noch die Niederlande mit 76,6 % einen allerdings deutlich höheren Teilzeitanteil der Frauen auf.<sup>4</sup> In Deutschland lag der Anteil bei 47,2 %, in der EU-28 im Schnitt bei 32,6 %. In vielen ehemaligen Ostblockstaaten war der Anteil der Teilzeitbeschäftigung bei Frauen sehr gering. In Bulgarien lag dieser beispielsweise bei nur 2,5 %. Bei Männern war im Jahr 2016 EU-weit eine Teilzeitquote von 10 % zu verzeichnen, in Deutschland und in Baden-Württemberg waren es 11,1 % bzw. 10,8 %. In den Niederlanden war der Teilzeitanteil bei Männern mit 28,1 % mit Abstand am höchsten.

Frauen (im Alter von 15 bis 64 Jahren) arbeiteten 2016 in der EU in ihrer Haupttätigkeit durchschnittlich 33,9 Stunden pro Woche, bei Männern waren es 40,3 Wochenarbeitsstunden. Wie auch schon der Blick auf die Teilzeitbeschäftigung vermuten lässt, verzeichneten die Niederlande bei Frauen mit 25 Wochenarbeitsstunden den niedrigsten Wert. Bei Männern wies Dänemark mit 35,3 Stunden die geringste Wochenarbeitszeit auf, gefolgt von den Niederlanden mit 35,6 Stunden. Die Frauen in Baden-Württemberg hatten mit 29,7 Wochenstunden nach den Niederlanden die geringste Arbeitszeit in der EU (Deutschland: 30,8 Stunden). Männer in Baden-Württemberg arbeiteten im Schnitt genau 40 Stunden in der Woche und damit nur geringfügig mehr als im bundesweiten Durchschnitt (39,7 Stunden). Der Mittelwert der 28 EU-Staaten belief sich bei den Männern auf 40,3 Wochenarbeitsstunden. In Griechenland arbeiteten Männer mit 44,4 Stunden in der Woche am längsten, Frauen dagegen in Bulgarien mit 40,5 Wochenstunden.

### Verdienstgefälle zwischen weiblichen und männlichen Beschäftigten ist in Baden-Württemberg besonders hoch

Nach wie vor existiert in den meisten Ländern der EU auch ein beträchtliches Verdienstgefälle

(unbereinigt<sup>5</sup>). Die Differenz zwischen den durchschnittlichen Brutto-Stundenverdiensten der männlichen und weiblichen Beschäftigten wird in Prozent des durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienst der männlichen Arbeitnehmer ausgedrückt. Somit zeigte sich, dass das Verdienstgefälle 2015 (aktuellere Daten liegen nicht vor) in Luxemburg und Italien am geringsten ausfiel (mit jeweils 5,5 %). Rumänien wies ebenfalls einen geringen „Gender Pay Gap“ auf (5,8 %). Der EU-28-Durchschnitt lag bei 16,3 % (*Schaubild 2*). In Estland verdienten Frauen im Vergleich zu Männern besonders wenig: Die Verdienstdifferenz belief sich auf 26,9 %. Eurostat liefert zwar keine Daten zu den Bundesländern, allerdings gibt das Statistische Bundesamt für Baden-Württemberg einen Wert von 27 %<sup>6</sup> an. Für Deutschland insgesamt lag der „Gender Pay Gap“ laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2015 bei 22 % (was dem von Eurostat veröffentlichten Wert entspricht). Auch in der Tschechischen Republik war ein deutliches Verdienstgefälle zu verzeichnen (22,5 %). Die teilweise großen Lohnunterschiede dürften sich durch eine Vielzahl länderspezifischer Faktoren erklären. Geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Familienarbeit, der Erwerbsbeteiligung und der Teilzeitbeschäftigung, aber auch unterschiedliche Entlohnung zwischen den überwiegend von Frauen ausgeübten Berufen und den männlich dominierten Tätigkeiten (wie beispielsweise Berufe im Verarbeitenden Gewerbe)<sup>7</sup>, dürften weitere Ursachen für den Verdienstabstand sein. Gemäß Statistischem Bundesamt ließen sich fast drei Viertel des unbereinigten Verdienstgefälles auf strukturelle Unterschiede zurückführen. Zu beachten ist allerdings auch, dass ein geringer „Gender Pay Gap“ mit einer insgesamt niedrigen Erwerbstätigenquote von Frauen in diesem Land einhergehen kann, wie es in Malta, Polen oder Italien der Fall ist. Der geringe Gender Pay Gap in diesen Ländern sei dann zum Teil darauf zurückzuführen, dass Frauen in der Familienphase (insbesondere, wenn es sich um Kleinkinder handelt) meistens überhaupt nicht arbeiten würden, während sie in vielen anderen Ländern dagegen in geringem Umfang erwerbstätig wären, und deshalb im Schnitt geringere Stundenlöhne erzielen würden als Männer.<sup>8</sup>

### Verarbeitendes Gewerbe in Baden-Württemberg bedeutender als in der EU

29,3 % aller Beschäftigten im Alter von 15 bis 64 Jahren waren hierzulande 2016 in der Industrie tätig. Nur in der Tschechischen Republik war der Anteil mit 30,9 % noch geringfügig höher. Dort sind – wie auch in Baden-Württemberg – vor allem die Branchen Fahrzeug- und Maschi-

2 Dies galt zumindest für das Jahr 2011. Statistisches Bundesamt (2012): Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt – Deutschland und Europa.

3 Unter „allen Beschäftigten“ sind Personen die ihre Tätigkeit mit Voll- oder Teilzeitangaben, aber auch keine Angaben über die Beschäftigung machen, zu verstehen.

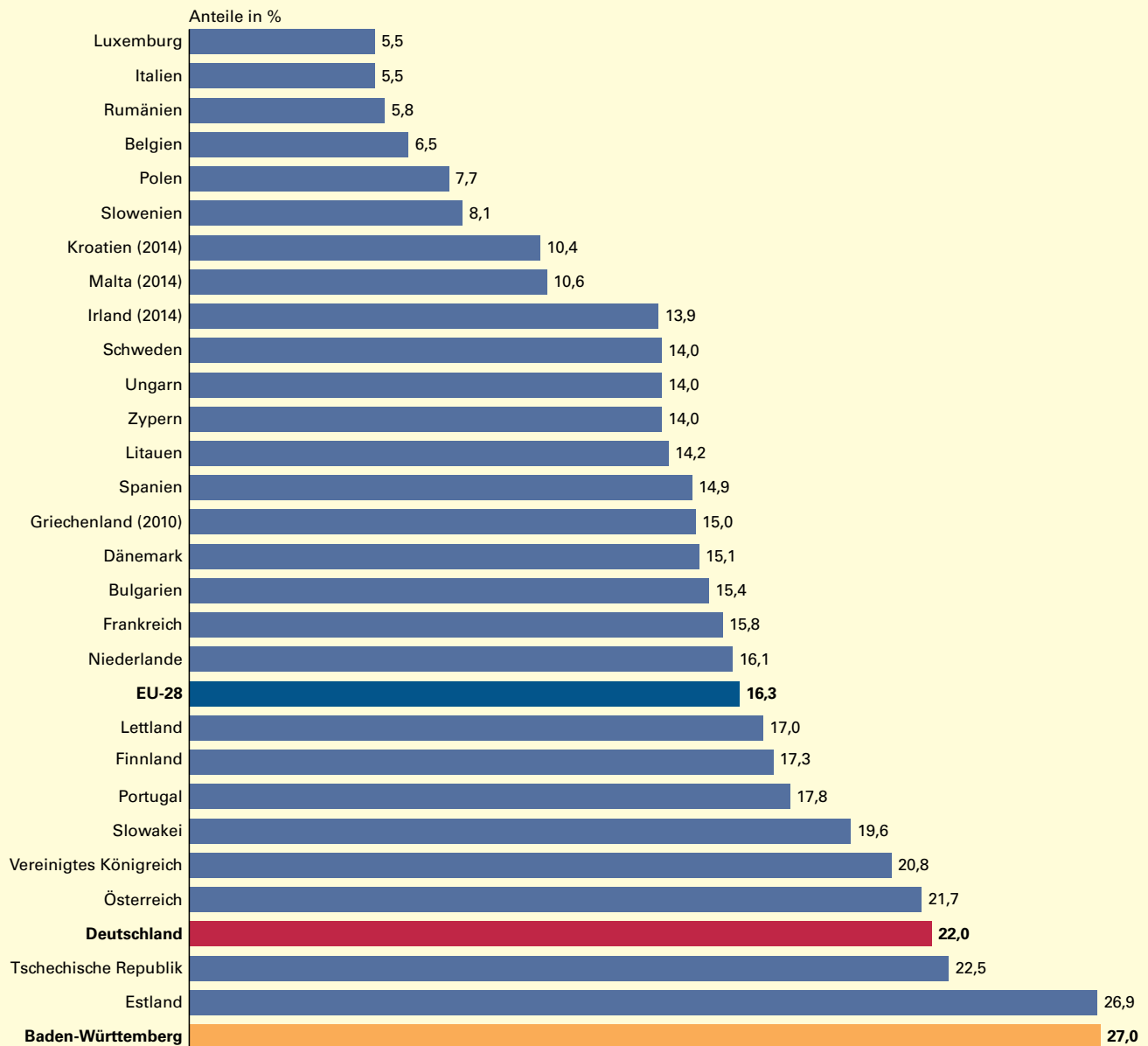
4 Diese äußerst hohe Teilzeitbeschäftigung in den Niederlanden dürfte zum größten Teil auf Arbeitszeitwünsche der Beschäftigten zurückzuführen sein. Vergleiche hierzu beispielsweise Allaart, Piet/Bellmann, Lutz (2007): Reasons for part time work: an empirical analysis for Germany and The Netherlands.

5 „Unbereinigt“ ist das geschlechtsspezifische Verdienstgefälle deshalb, weil es keine individuellen Eigenschaften (zum Beispiel Bildung) der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder der von ihnen ausgeübten Tätigkeiten berücksichtigt, die einen Einfluss auf das geschlechtsspezifische Verdienstgefälle haben können.

6 Statistisches Bundesamt, destatis: Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen; [https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/VerdiensteVerdienstunterschiede/Tabellen/UGPG\\_02\\_Bundeslaender.html](https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/VerdiensteVerdienstunterschiede/Tabellen/UGPG_02_Bundeslaender.html) (Abruf: 28.04.2017).

7 Es werden hier die Wirtschaftsbereiche Industrie, Baugewerbe und Dienstleistungen (ohne Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung) berücksichtigt.

8 WSI: Entgeltungleichheit in Europa; <https://www.boeckler.de/62518.htm> (Abruf: 19.05.2017).



\*) Bzw. aktuellstes verfügbares Jahr.

Datenquellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

105 18

nenbau sowie die Elektrotechnik von großer Bedeutung.<sup>9</sup> In Deutschland waren dem Verarbeitenden Gewerbe 20,9 % der Erwerbstätigen zuzuordnen, der EU-28-Durchschnitt belief sich auf 17,4 %. Demgegenüber waren in Luxemburg lediglich 5,1 % in der Industrie beschäftigt und auf Zypern 8,8 %. In beiden Ländern spielt der Finanzsektor eine große Rolle, für Zypern ist zusätzlich der Tourismus von großer Bedeutung. Der Anteil der im Dienstleistungssektor (inklusive Handel) Beschäftigten belief sich in der EU insgesamt auf 71,2 %. In Baden-Württemberg lag der Anteil bei 64,0 % (Deutschland: 71,1 %).

### Baden-Württemberg mit der niedrigsten Arbeitslosenquote

Baden-Württemberg hatte 2016 mit 3,1 % die mit Abstand niedrigste Arbeitslosenquote (Personen im Alter ab 15 Jahren). In den EU-28-Ländern belief sich der Durchschnitt auf 8,5 % (*Schaubild 3*). Auf Rang 2 folgte die Tschechische Republik mit 4 %, knapp vor Deutschland mit 4,1 %. Auch Malta und das Vereinigte Königreich verzeichneten sehr niedrige Erwerbslosenquoten (4,7 % bzw. 4,8 %). Die von der Wirtschaftskrise 2009 besonders

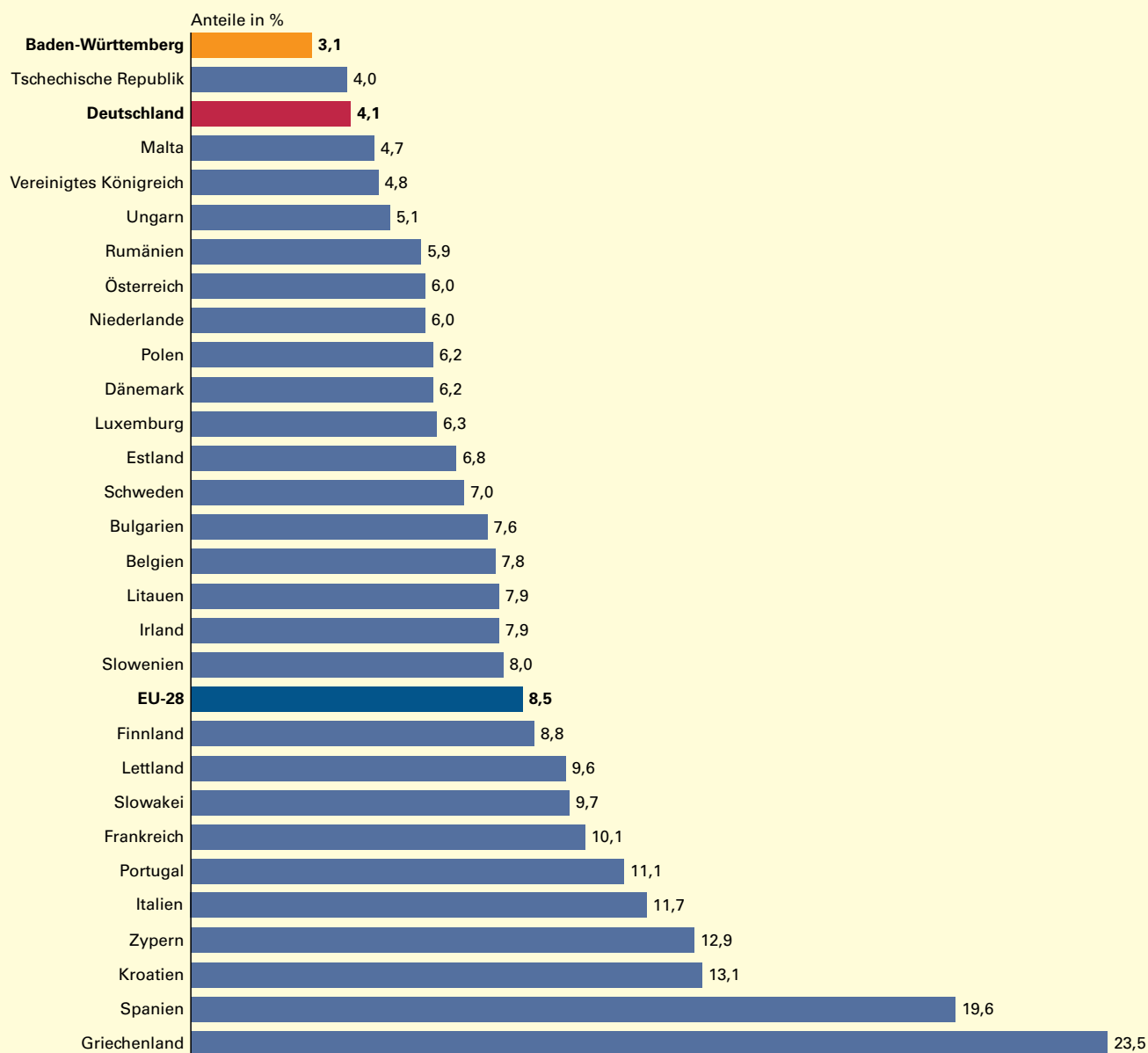
<sup>9</sup> Wirtschaftsstruktur und -chancen – Tschechische Republik, [www.gtai.de](http://www.gtai.de) (Abruf: 26.04.2017).

betroffenen Länder Griechenland und Spanien bildeten auch 2016 mit einer Arbeitslosenquote von 23,5 % bzw. 19,6 % die Schlusslichter im EU-Ranking. Im Vergleich zu 2013 sanken die Quoten jedoch immerhin in Griechenland um 4 Prozentpunkte und in Spanien sogar um 6,5 Prozentpunkte. Dennoch gilt für Spanien: „Der internationale Währungsfond IWF beobachtet eine fortschreitende Ungleichheit zwischen den Generationen. Während die ältere Generation noch in den Genuss unbefristeter und hoch dotierter Arbeitsverträge gekommen ist, gelingt es der jüngeren Generation kaum noch, eine unbefristete und gut bezahlte Be-

schäftigung zu erlangen.“<sup>10</sup> So lag die Jugenderwerbslosenquote (15- bis 24-Jährige) in Spanien 2016 bei 44,4 %. Auch in Griechenland ist die Jugendarbeitslosigkeit sehr hoch. Die Jugenderwerbslosenquote lag dort bei 47,3 %. In Italien (37,8 %) und Kroatien (31,3 %) befand sich die Arbeitslosenquote bei jungen Menschen ebenfalls auf einem äußerst hohen Niveau. Baden-Württemberg wies hier mit einer Quote von 6 % erneut den niedrigsten Wert in der EU auf. Deutschlandweit waren es 7,1 %. Der EU-Durchschnitt belief sich auf 8,7 %. Bei der Jugendarbeitslosenquote muss allerdings berücksichtigt werden, dass sich viele in dieser

<sup>10</sup> Vergleiche <https://www.tta-personal.de/arbeitslosigkeit-spanien/> (Abruf: 03.05.2017).

### S3 Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg und der EU 2016



Datenquelle: Eurostat.



Altersgruppe noch in einer Berufsausbildung oder in schulischer bzw. universitärer Ausbildung befinden und daher ebenfalls als erwerbslos gelten. Um die unterschiedlichen Berufsausbildungssysteme in Europa zu berücksichtigen – Länder mit einem dualen Berufsausbildungssystem wie beispielsweise Deutschland und Österreich weisen sehr niedrige Erwerbslosenquoten auf – lohnt daher ein Blick auf die sogenannte „NEET-Rate“ („Not in Education, Employment or Training“, also der Anteil Jugendlicher (15- bis 24-Jährige), die nicht erwerbstätig waren, noch an (Aus-)Bildung teilnahmen, in Relation zur gleichaltrigen Bevölkerung). Hier belegte nun Italien 2016 den letzten Rang mit einer Quote von 19,9 %. In den unteren Rängen befanden sich zudem Bulgarien, Rumänien und Kroatien. Spanien und Griechenland schnitten mit einer „NEET-Rate“ von 14,6 % bzw. 15,8 % etwas besser ab, allerdings immer noch deutlich schlechter als der EU-Schnitt von 11,5 %. Baden-Württemberg (5,7 %) lag nach den Niederlanden (4,6 %) und Luxemburg (5,4 %) auf Rang 3.

### Hohe Langzeitarbeitslosigkeit in der EU

Personen, die mindestens 1 Jahr ununterbrochen arbeitslos sind, gelten als Langzeitarbeitslose. Generell dürfte es für diesen Personenkreis schwieriger sein, wieder Zugang zum Arbeitsmarkt zu erlangen. Die Problematik liegt insbesondere darin, dass die Langzeitarbeitslosigkeit an sich ein Vermittlungshemmnis darstellt und die Wahrscheinlichkeit, eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu erhalten, mit der Dauer der Arbeitslosigkeit immer weiter abnimmt. In den Mitgliedstaaten der EU waren 2016 durchschnittlich 46,6 % aller Arbeitslosen langzeitarbeitslos. In Baden-Württemberg waren es dagegen nur 29 % und damit auch deutlich weniger als in Deutschland insgesamt (40,8 %). In vier Ländern lag die Langzeitarbeitslosigkeit allerdings niedriger als im Südwesten. Mit 18,3 % wies Schweden den geringsten Langzeitarbeitslosenanteil auf, gefolgt von Dänemark (22,3 %), Finnland (25,7 %) und dem Vereinigten Königreich (27,1 %). In Griechenland waren dagegen beinahe drei Viertel (72 %) der Arbeitslosen mindestens ein Jahr ohne Job. Auch in Ländern wie der Slowakei (60,2 %) oder Bulgarien (59,1 %) lag der Anteil weit über dem Durchschnitt. Langzeitarbeitslosigkeit hat Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft eines Landes mit schwerwiegenden Konsequenzen für die betroffenen Personen und negativen Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum und die öffentlichen Finanzen. Auf EU-Ebene wurde aus diesem Grund ein Aktionsplan erarbeitet.<sup>11</sup> Ein bedeu-

tendes Vermittlungshemmnis dürfte unter anderem die geringe Qualifizierung der Arbeitslosen sein.

### Gut ein Drittel der Erwerbspersonen in Baden-Württemberg sind hochqualifiziert

Das Qualifikationsniveau „Tertiärbereich“ wird im Folgenden mit „hochqualifiziert“ gleichgesetzt. Den höchsten Anteil hochqualifizierter Erwerbspersonen (also Erwerbstätige und Arbeitslose) im Alter von 25 bis 64 Jahren gab es 2016 in Finnland und Irland (46,8 % bzw. 46,7 %) knapp vor Zypern (45,8 %) und dem Vereinigten Königreich (45,5 %). Baden-Württemberg befand sich mit einem Anteil von 33,6 % zwar vor Deutschland insgesamt (30,6 %), allerdings unterhalb des EU-Durchschnitts von 34,5 %. Der Anteil geringqualifizierter Erwerbspersonen (maximal Sekundarstufe I, dies entspricht in den meisten Ländern der Erfüllung der Schulpflicht) lag dagegen in Baden-Württemberg (11,8 %) deutlich niedriger als in der EU insgesamt (18,6 %).

### Über 2 090 000 Auslands pendler in der EU

Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaates besitzen durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit das Recht, einen Arbeitsplatz in jedem Land der EU zu wählen.<sup>12</sup> Personen, die in einem EU-Land arbeiten und in einem anderen wohnhaft sind und mindestens einmal wöchentlich in dieses Land zurückkehren, gelten nach EU-Recht als Grenzgänger. 6,4 % der Erwerbstätigen mit Wohnort in der Slowakei pendelten 2016 ins Ausland. Damit wies die Slowakei den größten Anteil an Auslands pendler in der EU auf. Die Mehrheit der annähernd 160 000 Grenzgänger dürfte dabei ins benachbarte Österreich pendeln.<sup>13</sup> Auf Rang 2 folgte Estland. Dort lag der Anteil der ins Ausland pendelnden Beschäftigten bei 3,5 %.<sup>14</sup> Immerhin 1,4 % der in Baden-Württemberg wohnhaften Erwerbstätigen arbeiteten 2016 im Ausland. Zielland war hauptsächlich die Schweiz und dies wiederum zu einem großen Teil aus den beiden Landkreisen Lörrach und Waldshut, gefolgt vom Landkreis Konstanz.<sup>15</sup> In Deutschland überschritten insgesamt nur 0,7 % der Beschäftigten eine Landesgrenze um ihrer Arbeit nachzugehen, in der EU waren es im Durchschnitt 0,9 %. ■

Weitere Auskünfte erteilt  
Marcel Nesensohn, Telefon 0711/641-29 58,  
[Marcel.Nesensohn@stala.bwl.de](mailto:Marcel.Nesensohn@stala.bwl.de)

<sup>11</sup> Vergleiche <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1205&langId=en> (Abruf: 04.08.2017).

<sup>12</sup> Dies gilt generell auch für die derzeit vier Länder der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA).

<sup>13</sup> Arbeitsmarkt: Der Slowakei gehen die Fachkräfte aus, in: Die Presse vom 03.01.2016.

<sup>14</sup> Es dürfte sich zum größten Teil um Berufspendler nach Finnland handeln. Siehe Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen: Informationsdienste für Grenzpender in europäischen Grenzregionen.

<sup>15</sup> Schweizerisches Bundesamt für Statistik: Ausländische Grenzgänger/-innen wohnhaft in Deutschland nach Landkreis und Quartal, 1. Quartal 2017.